

haben jedes Land in der EU das Recht, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen. Das Urteil sorgte für Empörung bei Grünen und Umweltschutzverbänden.

Hinkley Point C ist der erste AKW-Neubau in Großbritannien seit Jahrzehnten. Das Atomkraftwerk soll 2023 ans Netz gehen. Aus Sicht Österreichs, das keine Atomkraft-

werke hat, sind alternative Energieformen förderungswürdig, nicht aber die Kernkraft. Außerdem sei die Förderung wettbewerbsverzerrend, hieß es 2015 zur Begründung der Klage. Die EU-Kommission hatte die britischen Beihilfen 2014 genehmigt. Österreich hat eine ähnliche Klage gegen den Ausbau des ungarischen Atomkraftwerks Paks eingebracht.

Der EuGH stützte sein Urteil auf den Euratom-Vertrag von 1957, der die Förderung der Atomkraft erlaubt. Großbritannien hatte den AKW-Betreibern einen hohen garantierten Einspeisetarif für 35 Jahre zugesagt. Nach Berechnungen von Greenpeace lässt sich die britische Regierung den Reaktor in dieser Zeit rund 108 Milliarden Euro an Subventionen kosten, bei Bau-

kosten in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, daß das zivile Atomprojekt in Wirklichkeit der Quersubventionierung des britischen Atomwaffenprogramms dient. ●

## Atomwirtschaft

# Reaktorsicherheitskommission steht wegen ihrer Stellungnahme zu den belgischen Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 in der Kritik

**Mitglieder der RSK sind beruflich befangen. RSK-Vorsitzender Wieland zum Rücktritt aufgefordert.**

Die Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 in Belgien seien weitgehend unbedenklich – so urteilt ein Gutachten der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK). Doch daran haben Mitarbeiter eines Atomkonzerns mitgewirkt, der von einem Weiterbetrieb der Reaktoren profitieren würde. Darauf machen Anti-Atom-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Ärztevereinigung IPPNW und der Naturschutzbund Nordrhein-Westfalen (NABU) in gemeinsamen Erklärungen vom 18. und 19. Juli 2018 aufmerksam.

Daß in der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), dem Beratungsgremium der Bundesregierung in Sachen Atom-sicherheit, auch Vertreter der Atomindustrie sitzen, ist zwar nicht neu, genauso wenig wie die Befürchtung, daß es dadurch zu Interessenkonflikten kommt. Die Satzung der RSK sieht deshalb vor, dass bei Verdacht der Befangenheit einzelne Mitglieder der Kommission von bestimmten Bera-

tungen ausgeschlossen werden sollen. Im Falle des aktuellen Gutachtens, das die Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 trotz ihrer zahlreichen Risse in den Druckbehältern als weitgehend unbedenklich erscheinen lässt, ist das aber nicht geschehen. Zwei Mitarbeiter des Atomkonzerns Framatome saßen in dem federführenden Ausschuss „Druckführende Komponenten und Werkstoffe“ (DKW), der dieses Gutachten erarbeitet hat. Der Vorsitzende der RSK, der Diplom-Ingenieur Rudolf Wieland, sieht darin, ebenso wie das Bundesumweltministerium, jedoch keinen Anlass für den Verdacht der Befangenheit. Er sehe diesen „nur dann, wenn die so eingebunden sind, dass sie in dem Thema auch bei ihrem Arbeitgeber irgendwie mit diesem Thema involviert sind“, sagte er gegenüber der Presse. „Wenn das nicht der Fall ist, sehe ich da auch keinen Anlass.“

Gemäß Paragraph 10 der RSK-Satzung sind Mitglieder, die „gegen Entgelt“ bei einem zu untersuchenden Unternehmen „beschäftigt sind“ und in der „zur Beratung anstehenden Angelegenheit einen unmittel-

baren Vorteil oder Nachteil haben (können)“, bereits von der Beratungstätigkeit an sich auszuschließen und nicht erst von den Abstimmungen.

## Aktive und langjährige Areva-/Framatome-Mitarbeiter in der RSK

Intensive Recherchen hatten es an den Tag gebracht: In der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK) haben auch führende Mitarbeiter von Electricité de France (EDF)/Framatome (ehemals Areva) in Erlangen an der Stellungnahme zur angeblichen Sicherheit von Tihange 2 und Doel 3 mitgearbeitet.<sup>1</sup>

In besagtem RSK-Ausschuss sitzen konkret der EDF/Framatome-Standortleiter von Erlangen, Rainer Hardt, sowie die Erlangener Framatome-Mitarbeiterin Dr. Renate Kilian. Diese ist zudem Mitglied der 16-köpfigen Gesamt-RSK. Dort sitzen mit Uwe Stoll und Uwe Waas zwei weitere langjährige Mitarbeiter von Framatome bzw. der Vorgängerfirma Areva, welche die Atomstandorte Erlangen und Lingen bis zur Übernahme durch EDF Anfang 2018 betrieb.

Stoll ist heute technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführer der ebenfalls an der RSK

und dem Gutachten beteiligten Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS). Stoll und Waas haben 2012 ein Gutachten für ihren damaligen Arbeitgeber Areva zu den Folgen von Fukushima verfasst, in dem sie die Reaktorkatastrophe herunterspielen und darin primär neue Geschäftsmöglichkeiten für Areva entdecken. Eine Folge ist zum Beispiel die 2016 erfolgte Beauftragung von Areva (jetzt Framatome) in Erlangen zur Modernisierung der Sicherheitsleittechnik für Doel 1 und 2. Stoll und Waas sind aufgrund ihrer beruflichen Biografie ebenfalls als befangen anzusehen.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen weisen darauf hin, dass auch mehrere weitere Mitglieder der RSK beruflich in bedenklicher Nähe der belgischen AKW-Betreiber und von EDF/Framatome agieren.

So arbeiten mehrere Personen für EON/Preussen Elektra, unter anderem der AKW-Leiter von Brokdorf, Uwe Jorden. EON ist Anteilseigner des Gronauer Urananreicherers Urenco, der wiederum angereichertes Uran für die belgischen AKW liefert und damit ebenfalls am Weiterbetrieb der belgischen Pannereaktoren interessiert ist.

Die Framatome-Tochter ANF im niedersächsischen Lingen liefert seit Jahren die Brennelemente für Doel 1, 2 und 3 sowie für Tihange 2. Ohne die Aufträge aus Belgien stünde die Framatome-Brennelementefabrik in Lingen wahr-

<sup>1</sup> RSK-Stellungnahme: Bewertung der Sicherheitsnachweise für die Reaktordruckbehälter der belgischen Kernkraftwerke Doel-3 / Thiange-2 (503. Sitzung der RSK am 23. 05.2018), <http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/epanlagersk503h.pdf>

scheinlich vor dem Aus. Und: EDF ist zudem Miteigentümerin mehrerer Reaktorblöcke in Belgien, darunter auch Tihange 2 und Doel 3.

Auch die Rolle des TÜV ist bedenklich. Der TÜV Nord – bei dem Wieland bis März 2017 beschäftigt war und der in der Person von Thomas Riekert den betreffenden RSK-Fachausschuss leitet – wirbt unter dem Label „TÜV Nord Nuclear“ explizit um internationale Kunden zum Beispiel für den AKW-Neubau, und zwar nicht nur bei Genehmigungsbehörden, sondern konkret auch bei AKW-Betreibern und -Herstellern. Ein Gefälligkeitsgutachten der RSK kommt bei dieser Geschäftsstrategie sehr gelegen, da EDF und die AKW-Betreiberfirma Engie Electrabel große Player in der EU sind. Interessenskollisionen seien deshalb nicht auszuschließen, so die Kritik der Anti-Atom-Initiativen und Umweltorganisationen.

Da die RSK mit einfacher Mehrheit und nicht öffentlich entscheidet, sind auch einzelne Stimmen von großem Gewicht, zumal in dem besagten Ausschuss ohnehin fast nur Mitarbeiter von Atomkonzernen (EnBW, EON/Preussen Elektra) und den traditionell durch Aufträge eng verbundenen TÜV Nord/Süd sowie der GRS sitzen.

Im Frühjahr 2018 hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bei einem Besuch des belgischen Premierministers Charles Michel die deutschen Sicherheitsbedenken vorgetragen – und war mit der Forderung, die Reaktoren zu schließen, abgeblitzt.

Entsetzt äußern sich die Anti-Atom- und Umweltinitiativen auch über die abwägelnde Reaktion aus dem Bundesumweltministerium. Das herunterspielende Verhalten von Bundesumweltministerin Svenja Schulze trotz dieser gravierenden Ungereimtheiten und

trotz der fundierten Kritik der Atomaufsicht in Baden-Württemberg sei völlig unangemessen. Das Bundesumweltministerium gebe selbst zu, daß eine eigenständige Überprüfung der AKW-Sicherheit gar nicht erwünscht war und ist. Dennoch wurde diese RSK-Stellungnahme öffentlich und fälschlicherweise als Sicherheitsnachweis verkauft und die RSK von der Ministerin als unabhängiges Gremium gelobt, obwohl zum Beispiel in dem federführenden Fachausschuss kein einziger kritischer Atomwissenschaftler sitzt, wird gerügt.

In einer Antwort vom 14. Juni 2018 (Bundestagsdrucksache 19/2752) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte die Bundesregierung erklärt, daß sie zu vielen der von den Grünen vorgelegten Fragen keine eigenen Erkenntnisse habe. Die alleinige Zuständigkeit zur Prüfung der Herstellungsdocumentation der betreffenden Atomkraftwerke liege bei der belgischen Atomaufsicht. Es liege auch in deren alleiniger Verantwortung, aus diesen Prüfungen ggf. atomaufsichtliche Schlussfolgerungen zu ziehen.<sup>2</sup>

„Wir erwarten von der Bundesumweltministerin, dass sie sich von der RSK-Stellungnahme distanziert und ein tatsächlich unabhängiges Gremium einberuft. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen, weil unter den Augen und mit Billigung des Bundesumweltministeriums beruflich vollkommen befangene Angestellte von beteiligten Atomkonzernen an der brisanten Stellungnahme mitschrieben. Ohne Neuanfang ist das verlorene Vertrauen nicht zurückzugewinnen,“ so Walter Schumacher vom Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie.

<sup>2</sup> Bundestagsdrucksache 19/2752 v. 14.06.2018, <http://dip21.bundestag.de/dip21/htd/19/027/1902752.pdf>

## RSK-Chef Wieland sorgt für weiteren Wirbel

Scharfe Kritik äußerten die Anti-Atomkraft-Initiativen auch an jüngsten Äußerungen des RSK-Chefs Rudolf Wieland. In den Aachener Nachrichten hatte er am 17. Juli 2018 bestätigt, dass zwei EDF/Framatome-Mitarbeiter an der Ausarbeitung der RSK-Stellungnahme beteiligt waren. Einen Tag später versuchte er sich selbst zu dementieren mit einem Verweis auf Krankheitszeiten der Framatome-Mitarbeiter.

Am 8. Juli 2018 hatten die Aachener Nachrichten ein längeres Exklusivgespräch mit Wieland unwidersprochen mit der Überschrift versehen: „Studie: Belgiens Reaktoren sind sicher“. Am 18. Juli 2018 schrieb Wieland jedoch dem Leiter der Stuttgarter Atomaufsicht Niehaus laut Badischer Zeitung: „Weder die Kommission noch ich haben in Pressegesprächen eine Aussage zur Unbedenklichkeit oder Bedenklichkeit eines Weiterbetriebs der belgischen Reaktoren getroffen.“

„Von Unabhängigkeit ist in der RSK nicht viel zu sehen. Die wenigen atomkritischen Mitglieder sind nur ein Feigenblatt für die Öffentlichkeit. Das ist sehr bedenklich. Schließlich geht es hier nicht um das richtige Rezept für eine Obsttorte, sondern um die Sicherheit für Millionen von Menschen. Bei der Bewertung von Atomanlagen braucht es einen völligen Neuanfang. Dazu muss der RSK-Vorsitzende Rudolf Wieland seinen Hut nehmen, weil er die RSK auch sieben Jahre nach Fukushima als unkritisches, atomfreundliches Gremium betreibt,“ so Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

„Es zeigt sich, wie wichtig ein kompletter und umfangreicher Atomausstieg ist. Noch immer halten die wichtigsten Gremien des Bundesumweltministeriums an dem gefährlichen

Luftschloss von der angeblich „sicheren Atomkraft“ fest. Noch immer werden selbst die gefährlichsten Reaktoren in den Nachbarländern mit Brennelementen und angereichertem Uran aus Deutschland versorgt. Das ist unverantwortlich. Union und SPD müssen endlich die im Koalitionsvertrag verankerten Ziele eines Exportstopps für Brennelemente und angereichertes Uran sowie für mehr Atomsicherheit in der EU umsetzen, statt sich hinter einer zweifelhaften RSK-Stellungnahme zu verstecken,“ so Josef Tumbinck, Vorsitzender des NABU-Landesverbandes NRW.

Anti-Atomkraft-Initiativen und die Ärzteorganisation IPPNW fordern nun den Rücktritt von RSK-Chef Wieland, weil er die Interessen-Verwicklungen der Öffentlichkeit bislang verschwiegen hat und auch jetzt nicht alle Karten auf den Tisch lege. Zudem fordern sie ein neues Gutachten von tatsächlich unabhängigen Wissenschaftlern.

„Es ist unglaublich, dass in der Reaktorsicherheitskommission leitende Mitarbeiter von Firmen wie EDF/Framatome über Reaktoren gutachten dürfen, deren Weiterbetrieb für die eigene Firma wirtschaftlich von erheblicher Bedeutung ist. Da die RSK und der federführende Ausschuss DKW schon seit 2012 mit der Materie beschäftigt sind, gibt es hier offensichtlich ein gravierendes Aufsichtsproblem. Wir fordern deshalb den sofortigen Rücktritt des RSK-Vorsitzenden Rudolf Wieland, weil er das glasklare Befangenheitsproblem nicht angegangen ist und selbst jetzt noch leugnet. Das Bundesumweltministerium muss nun die Stellungnahme der RSK offiziell zurückweisen und die RSK unter Ausschluss von aktuellen und ehemaligen Angestellten von Framatome/EDF/Areva grundlegend neu besetzen,“ fordert Jörg Schellenberg vom Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie.

## „Brennelementexporte von Framatome Lingen nach Belgien sofort stoppen“

„Seit zwei Jahren haben wir u. a. mit renommierten Gutachten nachgewiesen, dass die unverantwortlichen Brennelementexporte von Lingen nach Belgien gestoppt werden können und müssen. Diese Forderung hat im aktuellen Koalitionsvertrag der Groko Einzug gehalten. Doch was macht das Bundesumweltministerium? Anstatt für einen Exportstopp zu sorgen, lässt es führende Mitarbeiter des Atomkonzerns und Brennelementeherstellers EDF/Framatome daran mitwirken, die belgischen Pannelemente gesundzubeten, an denen EDF zudem selbst beteiligt ist. Dass der Einfluss von wirtschaftlichen Interessen auf die nukleare Sicherheit katastrophale Folgen haben kann, wissen wir seit der Atomkatastrophe von Fukushima. Das jetzige Verhalten des Bundesumweltministeriums ist ein Skandal. Ein Kurswechsel in Sachen RSK sowie ein sofortiger Exportstopp für Brennelemente aus Lingen und angereichertes Uran aus Gronau nach Belgien sind jetzt zwingend notwendig.“ so Dr. Angelika Claußen von der Ärzteorganisation IPPNW.

<http://www.framatome.com/EN/businessnews-1145/areva-np-erhaelt-auftrag-fr-sicherheitsleittechnikprojekt-in-belgien.html>

<http://www.framatome.com/EN/businessnews-1142/rainer-hardt-wird-neuer-standortleiter-bei-areva-in-erlangen.html>

<http://www.rskonline.de/de/satzung>

<http://www.rskonline.de/de/ausschuesse>

<http://www.rskonline.de/de/zusammensetzung>

<http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/epanlagersk503hp.pdf>

<http://www.rskonline.de/de/stoll>

<http://www.rskonline.de/de/waas>

<https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber-den-ta>

[g\\_hinaus/umwelt/atomlobby\\_beeinflusst\\_politik.html](g_hinaus/umwelt/atomlobby_beeinflusst_politik.html)

[http://www.framatome.com/businessnews/liblocal/docs/Plattform%20Deutschland/Fachaufs%C3%A4tze/2012/PT-2012-01-02%20106%20STOLL%20Autor\\_enexemplar.pdf](http://www.framatome.com/businessnews/liblocal/docs/Plattform%20Deutschland/Fachaufs%C3%A4tze/2012/PT-2012-01-02%20106%20STOLL%20Autor_enexemplar.pdf)

[https://www.edf.fr/sites/default/files/contrib/groupe-edf/engagements/rapports-et-indicateurs/2018/cartes/edfgroup\\_performance-2017\\_carte\\_nucleaire\\_en.pdf](https://www.edf.fr/sites/default/files/contrib/groupe-edf/engagements/rapports-et-indicateurs/2018/cartes/edfgroup_performance-2017_carte_nucleaire_en.pdf) ●

### Folgen von Fukushima

## Tritium-Wasser soll ins Meer verklappt werden

Das Problem der tritiumhaltigen Abwässer aus den havarierten japanischen Atomreaktoren von Fukushima Daiichi soll mit einer Verklappung ins Meer gelöst werden. Darüber berichtete Jans Proll im Spreadnews Japan-Ticker vom 14. Juli 2018. Demnach hat sich das Subkomitee der japanischen Regierung, das mit der Suche nach Lösungsstrategien zur Beseitigung der tritiumhaltigen Abwässer beauftragt ist, bei einem Treffen am 13. Juli 2018 auf die Beseitigung der Behälter geeinigt. Die Durchführung der künftigen Bergung von Brennelementen mache die Sicherstellung einer ausreichenden Fläche für die Arbeiten erforderlich, so daß eine Räumung der Lagertanks mit Tritium-Abwässern notwendig sei, heißt es. Der Öffentlichkeit soll dies im August genauer erläutert und die Notwendigkeit der Maßnahme deutlich gemacht werden. Die Beseitigung der Tanks setzte allerdings eine Zustimmung der Bevölkerung zur Verklappung der Tritium-Abwässer ins Meer voraus. Bisher besteht dagegen starker Widerstand, insbesondere Fischereiverbände fürchten Schäden für die Reputation ihrer Waren.

Auch die Verantwortlichen bei der Liberaldemokratischen

Partei (LDP) drängen die Regierung, „endlich Verständnis der Bevölkerung für die Maßnahmen zu erlangen, ohne daß diese dadurch zeitlich weiter verzögert werden“, wird berichtet.

Derzeit befinden sich 680 Lagertanks mit Wasser aus dem Kühlkreislauf, das eine extrem hohe Konzentration an radioaktivem Tritium aufweist, auf dem Gelände des Kraftwerks. Die Gesamtmenge dieser Abwässer beläuft sich auf 895.000 Tonnen, wird berichtet. Anders als etwa bei Radiozäsium und Jod existiert für Tritium bislang keine effektive Methode zur Filterung. ●

### Atompolitik

## Tokyo 2020

### Die radioaktiven Olympischen Spiele

Japan lädt die Sportler der Welt zu sich ein: 2020 sollen die Olympischen Spiele in Tokyo stattfinden. Wir hoffen auf friedliche und faire Spiele, schreibt die Ärztevereinigung IPPNW. Gleichzeitig sei man besorgt, denn auch in der Hauptstadt der Präfektur Fukushima sind olympische Wettkämpfe geplant: Baseball und Softball-Spiele sollen in Fukushima Stadt ausgetragen werden – 50 Kilometer vom havarierten Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi entfernt. 2011 kam es dort zu einem mehrfachen Super-GAU. Radioaktive Wolken verstrahlten damals Japan und den umliegenden Ozean – vergleichbar nur mit dem GAU in Tschernobyl.

Die ökologischen und sozialen Folgen sind in Japan weithin sichtbar: Entwurzelte Familien, ausgestorbene Evakuierungszonen, hunderttausende Säcke mit verstrahlter Erde, verseuchte Wälder, Flüsse und Seen. Es herrscht weiter keine Normalität in Japan.

Die havarierten Reaktoren sind noch längst nicht außer



Abb.: © Alex Rosen

Gefahr. Von ihnen geht eine anhaltende Strahlenbelastung aus; jeden Tag nimmt die radioaktive Kontamination von Meer, Luft und Boden zu. Große Mengen an radioaktivem Material befinden sich weiterhin in den havarierten Reaktorgebäuden, während auf dem Kraftwerksgelände radioaktive Materialien unter freiem Himmel gelagert werden. Dieser Zustand stellt im Fall eines erneuten Erdbebens eine große Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Die Atomkatastrophe dauert an. Es gibt keine Entwarnung.

Anlässlich der Olympischen Spiele in Japan 2020 organisiert deshalb die deutsche IPPNW eine internationale Kampagne. Die Sorge ist, dass SportlerInnen und BesucherInnen durch die Kontamination in der Region Fukushima gefährdet werden. Dies gilt insbesondere für Menschen mit erhöhter Strahlensensibilität, für Schwangere und Kinder.

Nach Schätzung der japanischen Regierung werden die Olympischen Spiele am Ende mehr als 12 Milliarden Euro Defizit kosten. Gleichzeitig droht die japanische Regierung damit, die Unterstützungsleistungen für alle nicht rückkehrwilligen Evakuierten zu streichen.

Internationale Regelungen sehen vor, dass die Bevölkerung nach einem Atomunfall lediglich 1 Millisievert (mSv) zusätzlicher Strahlung pro Jahr ausgesetzt werden darf. In den